

Stenographisches Protokoll

über die

16. Sitzung des steiermärkischen Landtages am 15. April 1899.

Inhalt:

Petitionen.

Urlaubsertheilung

Öffentlichkeitserklärung der Verhandlungen des volkswirtschaftlichen Ausschusses.

Begründung des Antrages der Abg. Josef Drnig, Mosdorfer und Genossen, betreffend Hebung der seit 1. Jänner 1899 eingetretenen, durch den ungarischen Gesetzentwurf XVII ex 1898, betreffend die Zucker- und Bierconsumsteuer, veranlaßten Behinderungen im Grenzverkehre mit Ungarn (Beilage Nr. 80. — Zuweisung an den volkswirtschaftlichen Ausschuß.)

Zuweisung von Vorlagen des Landes-Ausschusses und zwar:

1. des Berichtes des steierm. Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Bierstein im Gerichtsbezirke Drauzburg, um Ertheilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindefumlage von 121 Percent im Jahre 1899 (Beilage Nr. 88)

an den Ausschuß für Gemeinde-Angelegenheiten;

2. des Berichtes des steierm. Landes-Ausschusses, betreffend Stellungnahme des steierm. Landtages zur Frage der Verwendung der Gebahrungs-Ueberschüsse der cumulativen Waisencassen (Beilage Nr. 89)

an den combinirten Finanz- und Sonder-Ausschuß für Gemeinde-Angelegenheiten;

3. des Berichtes des steierm. Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Stadtgemeinde Knittelfeld im gleichnamigen Gerichtsbezirke, um Erlassung grundsätzlicher Bestimmungen, betreffend die öffentliche Wasserleitung in der Stadt Knittelfeld (Beilage Nr. 90);

an den Ausschuß für Gemeinde-Angelegenheiten.

Berichte des Petitions-Ausschusses über Petitionen.

Antrag des Abg. Dr. Dečka und Genossen, betreffend die Errichtung einer Landes-Bürgerschule in St. Georgen a. d. S. B.

Interpellation des Abg. Dr. Dečka und Genossen an den Statthalter, betreffend Uebelstände an der Triester Reichsstraße bei Kopridnicabrücke.

Beginn der Sitzung 10 Uhr 10 Minuten Vormittag.

Vorsitzender: Landeshauptmann Exc. Edmund Graf Attems.

Schriftführer: Die Abgeordneten Rudolf Dehne und Dr. Ignaz Buchmüller.

Von Seite der Regierung anwesend: Se. Excellenz Statthalter Manfred Graf Clary und Aldringen.

Landeshauptmann: Das Haus ist beschlußfähig; ich erkläre daher die Sitzung für eröffnet.

Das Protokoll der letzten Sitzung ist aufgelegt, Einwendung wurde gegen dasselbe keine erhoben und erkläre ich es somit für genehmigt.

Von den eingelangten Petitionen beantrage ich dem Finanz-Ausschusse zuzuweisen:

Schriftführer **Dehne** (liest):

„Petition Nr. 621, des Trabrennvereines in Luttenberg, um eine Subvention für das Jahr 1899. (Ueberreicht durch Abg. Dr. Rosina.)“

„Petition Nr. 622, der Anna Eberl, Lehrerswitwe in Groß-Sonntag, um Gewährung einer Witwenpension und eines Erziehungsbeitrages für ihre Kinder und um Abschreibung eines noch ausstehenden Gehaltsvorschusses ihres verstorbenen Gatten. (Ueberreicht durch Abg. Dr. Rosina.)“

„Petition Nr. 623, der Bauerngenossenschaft, registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung für den Bezirk Luttenberg mit dem Sitze in Zween, um einen Beitrag aus dem Landesfonde für Gründungs-Auslagen, sowie zum Ankaufe von nöthigem Vieh und zum Ankaufe eines Grundstückes und zur Erbauung einer Lagerstätte. (Ueberreicht durch Abg. Dr. Rosina.)“

Landeshauptmann: Ist hinsichtlich des von mir gestellten Zuweisungsantrages etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Da dies nicht der Fall ist, erscheinen diese Petitionen dem Finanz-Ausschusse zur Vorberathung zugewiesen.

Dem combinirten Finanz- und Unterrichts-Ausschusse beantrage ich zuzuweisen nach folgende Petitionen.

Schriftführer Dr. **Buchmüller** (liest):

„Petition Nr. 608, des Ortschaftsrathes mit der Gemeindevertretung Brundorf bei Marburg, um gnädige Versetzung der vierclassigen Volksschule Brundorf aus der III. in die II. Gehaltsklasse. (Ueberreicht durch Abg. Kobič.)“

„Petition Nr. 612, der Gemeindevertretung des Marktes Uebelbach, um Regulierung der Lehrergehälte. (Ueberreicht durch Abg. v. Feyrer.)“

„Petition Nr. 613, des Bezirksrathes Deutsch-Landsberg, um Regelung der Lehrergehälte. (Ueberreicht durch Abg. von Forcher.)“

„Petition Nr. 614, der Lehrkörper der beiden Schulen in Zeltweg, um Einreihung der fünfclassigen Knaben-Volksschule in die I. und der fünfclassigen Mädchen-Volksschule in die II. Gehaltsklasse. (Ueberreicht durch Abg. v. Forcher.)“

„Petition Nr. 615, des Ortschaftsrathes in Zeltweg um Einreihung der fünfclassigen Knaben-Volksschule in die I. und der fünfclassigen Mädchen-Volksschule in die II. Gehaltsklasse. (Ueberreicht durch Abg. v. Forcher.)“

„Petition Nr. 616, des Josef Artner, Lehrers in Kottenmann, Josef Purkhart, Lehrers in Liezen, Anton Bihthum, Lehrers in Aufsee, Victor Konfchegg, Lehrers in Aufsee, Franz K. Reinhart, Lehrers in Schladming, Franz Toplak, Lehrers in Johnsdorf, Johann Pernutsch, Lehrers in Weißkirchen, Josef Holzknecht, Lehrers in Murau, Ludwig Thalhammer, Lehrers in Vorderberg, Andreas Held, Lehrers in Donawitz, Heinrich Zauner, Lehrers in Mürzzuschlag, Johann Rath, Lehrers in Neuberg, A. Eisner, Lehrers in Spital am Semmering, um Regelung der Lehrergehälte. (Ueberreicht durch Abg. Großwang.)“

„Petition Nr. 617, des Franz Breznik, def. Unterlehrers in Reifnig-Fresen, um eine Remuneration. (Ueberreicht durch Abg. Kobič.)“

Landeshauptmann: Ist hinsichtlich des von mir gestellten Zuweisungsantrages etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Da dies nicht der Fall ist, erscheinen diese Petitionen dem combinirten Finanz- und Un-

terrichts-Ausschusse zur Vorberathung zugewiesen.

Dem Unterrichts-Ausschusse beantrage ich zuzuweisen die (liest):

„Petition Nr. 609, der Gemeindevertretung Greith, um Herabsetzung der achtjährigen und Einführung der sechsjährigen Schulpflicht auf dem Lande. (Ueberreicht durch Abg. Berger.)“

Ist etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Nachdem dies nicht der Fall ist, erscheint diese Petition als dem Unterrichts-Ausschusse zur Vorberathung zugewiesen.

Dem Sonder-Ausschusse für Gemeinde-Angelegenheiten beantrage ich zuzuweisen die (liest):

„Petition Nr. 611, der Besitzer und Wähler (99) aus Sauerbrunn gegen die vom hohen Landes-Ausschusse beantragte Trennung der heutigen Gemeinde Sauerbrunn. (Ueberreicht durch Abg. Zickar.)“

Ist etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Da dies nicht der Fall ist, erscheint diese Petition dem Sonder-Ausschusse für Gemeinde-Angelegenheiten zur Vorberathung zugewiesen.

Dem Landeskultur-Ausschusse beantrage ich zuzuweisen die (liest):

„Petition Nr. 610, der Gemeinden Gosdorf und Frattendorf und der Besitzer Josef Trummer, Alois Wohlmuth, Franz Fruhwirth, Anton Kaufacher, Franz Sommer, Alois Greiner, Julie Greiner, Josef Hohenfinger, Valentin Triller, Anton Reifacher in den Gemeinden Gosdorf und Frattendorf, Bezirk Murek, um Uferschutzbauten an dem Murflusse in der Ortschaft Wisseisdorf. (Ueberreicht durch Abg. Kern.)“

Ist etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Da dies nicht der Fall ist, erscheint diese Petition dem Landeskultur-Ausschusse zur Vorberathung zugewiesen.

Dem Weincultur-Ausschusse beantrage ich zuzuweisen die (liest):

„Petition Nr. 620, der Vereinsleitung der landwirthschaftlichen Vereinigung der südlichen Steiermark, um Einsetzung von Bezirks-Commissionen zur Vertheilung der unverzinslichen Darlehen. (Ueberreicht durch Abg. Stallner.)“

Ist etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Da dies nicht der Fall ist, erscheint diese Petition dem Weincultur-Ausschusse zur Vorberathung zugewiesen.

Dem Petitions-Ausschusse beantrage ich zuzuweisen (liest):

„Petition Nr. 618, der Christine Ott, Beamtenwitwe in Graz, um Bewilligung einer Unterstützung. (Ueberreicht durch Abg. Freih. v. Moscon.)“

„Petition Nr. 619, der Theresia und Antonia Hochenburger, ständ. Cassiers-Waisen in Graz, um gnädige Verleihung einer Unterstützung. (Ueberreicht durch Abg. Freih. v. Moscon.)“

Ist etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Da dies nicht der Fall ist, erscheinen diese zwei Petitionen dem Petitions-Ausschusse zur Vorberathung zugewiesen.

Der Herr Abgeordnete Baron Moscon spricht einen Urlaub an in der Dauer von einer Woche.

(Der Urlaub wird bewilligt.)

Aufgelegt wurde heute;

das amtliche Protokoll über die 11. Sitzung der III. Session in der VIII. Landtags-Periode des steiermärkischen Landtages am 7. April 1899;

das stenographische Protokoll über die 11. Sitzung des steiermärkischen Landtages am 7. April 1899;

das stenographische Protokoll über die 12. Sitzung des steiermärkischen Landtages am 8. April 1899;

der Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Festsetzung einer Jahresremuneration für den Vorstand der otiatrischen Klinik im allgemeinen Krankenhause in Graz (Beilage Nr. 97);

der Bericht des Landescultur-Ausschusses über die ihm zugewiesenen Theile des Thätigkeitsberichtes des Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 9, Seite 69, betreffend die Hebung der Rindviehzucht, Rinderschau, Stierlauf; Seite 70, Viehsalz, Rauschbrand-Zimpfung, Landes-Bezirks-Thierärzte; Seite 71, Thierarzneischule, Rindviehzucht-Genossenschaften und Stierhaltungs-Genossenschaften (Beilage Nr. 98);

der Bericht des Landescultur-Ausschusses über den ihm zugewiesenen Theil des Thätigkeitsberichtes des Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 9, die Rainach-Regulirung betreffend, Seite 62 (Beilage Nr. 99);

der Bericht des Landescultur-Ausschusses über die Thätigkeit des steierm. Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 9, Strugaregulirung, Seite 65 (Beilage Nr. 100);

der Bericht des Landescultur-Ausschusses über den Thätigkeitsbericht des Landes-Ausschusses, betreffend die Drauregulirung, Beilage Nr. 9, Seite 56 und 57 (Beilage Nr. 101);

der Bericht des Landescultur-Ausschusses über den ihm zugewiesenen Theil des Thätigkeitsberichtes des Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 9, betreffend die Sann- und Wogleinaregulirung, Seite 57—59 (Beilage Nr. 102);

der Bericht des combinirten Finanz- und Unterrichts-Ausschusses über den Bericht des steierm. Landes-Ausschusses, betreffend die Regelung der Bezüge der Landes-Bürgerschullehrer (Beilage Nr. 45), (Beilage Nr. 103);

der Bericht des Landescultur-Ausschusses über den Theil des Thätigkeitsberichtes des Landes-Ausschusses, Seite 65—69, betreffend die Wildbachverbauungen. (Beilage Nr. 104);

der Bericht des Finanz-Ausschusses über die demselben zugewiesenen Theile des Thätigkeitsberichtes des Landes-Ausschusses (Beilage Nr. 9), betreffend Schullehrer-Pensionsfond, Seite 168—169, um Aufwand für das Volksschulwesen, Katecheten-Remunerationen, Seite 165—168 (Beilage Nr. 105);

der Bericht des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten über den Bericht des Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 55, betreffend das Ansuchen der Stadtgemeinde Graz, um Bewilligung zur Aufnahme einer schwebenden Schuld im Höchstbetrage von 1,100.000 fl. (Beilage Nr. 106);

der Antrag der Abgeordneten Mayr und Genossen auf die Erwirkung eines Verbotes gegen die Einfuhr frischen Obstes aus Amerika (Beilage Nr. 107);

das Verzeichnis Nr. 6 mit Bericht und Antrag über die dem Landescultur-Ausschusse zugewiesene Petition Nr. 299;

das Verzeichnis Nr. 7 mit Bericht und Anträgen über die dem Finanz-Ausschusse zugewiesenen Petitionen Nr. 134, 219, 220, 286.

Der Ausschuss für Gemeinde-Angelegenheiten ersucht um die Ermächtigung der mündlichen Berichterstattung über folgende ihm zugewiesene Beilagen:

1. Landtags-Beilage Nr. 17, Ansuchen der Ortsgemeinde Kumpitz, im Gerichtsbezirke Judenburg, um die Bewilligung zur Einhebung einer Musik-Licenzgebühr im erhöhten Betrage von 1 fl., sowie einer Offenhaltungs-Licenzgebühr in der Höhe von 50 kr. pro 1899 und 1900.

Der Antrag ist gleichlautend mit dem des Landes-Ausschusses.

Berichterstatter ist Herr Abg. Mayr.

2. Landtags-Beilage Nr. 21, Antrag des Abg. Grafen Lamberg und Genossen auf Versicherung von Hab und Gut landwirthschaftlicher Diensthöten gegen Brandschaden.

Der Antrag des Sonder-Ausschusses geht dahin: Vorstehender Antrag wird dem Landes-Ausschusse mit dem Auftrage zur Erwägung, Vornahme von etwa er-

forderlichen Erhebungen und feinerzeitigen Berichterstattung überwiesen.

Berichterstatter ist Herr Abg. Dr. Freih. v. Störck.

3. Landtags-Beilage Nr. 33, Ansuchen der Ortsgemeinde Jrdning im Gerichtsbezirke Jrdning um die Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 100 Percent pro 1899.

Der Antrag ist gleichlautend mit dem des Landes-Ausschusses.

Berichterstatter ist der Herr Abg. Thunhart.

4. Landtags-Beilage Nr. 34, Ansuchen der Ortsgemeinde St. Stefan am Gratkorn im Gerichtsbezirke Umgebung Graz um die Bewilligung zur Einhebung einer Musiklicenzgebühr im erhöhten Betrage von Einem Gulden pro 1899 und 1900.

Der Antrag ist gleichlautend mit dem des Landes-Ausschusses.

Berichterstatter ist Herr Abg. Mayr.

5. Landtags-Beilage Nr. 35, Ansuchen der Ortsgemeinde Gaal im Gerichtsbezirke Knittelfeld um die Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 117 Percent pro 1899.

Der Antrag ist gleichlautend mit dem des Landes-Ausschusses.

Berichterstatter ist Herr Abg. Thunhart.

6. Landtags-Beilage Nr. 37, Ansuchen der Ortsgemeinde Stadl im Gerichtsbezirke Murau um die Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 150 Percent pro 1899.

Der Antrag ist gleichlautend mit dem des Landes-Ausschusses.

Berichterstatter ist Herr Abg. Thunhart.

7. Landtags-Beilage Nr. 57, Ansuchen der Ortsgemeinde Tauplitz im Gerichtsbezirke Jrdning um die Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 130 Percent pro 1899.

Der Antrag ist gleichlautend mit dem des Landes-Ausschusses.

Berichterstatter ist Herr Abg. Mayr.

(Die mündliche Berichterstattung wird genehmigt.)

Zur Geschäftsbehandlung hat sich der Herr Abg. Wagner zum Worte gemeldet.

Abg. **Wagner** (L.-G. Feldbach): Hoher Landtag! In der gestrigen Sitzung wurde über den vor Kurzem gestellten Antrag des Herrn Abgeordneten Hagenhofer zur Vorberathung des vom Genannten eingebrachten Antrages, betreffend die Gründung einer Landes-Hypothekbank ein 12gliedriger volkswirtschaftlicher Ausschuss gewählt und erlaube ich mir, wegen der großen Wichtig-

keit dieses Gegenstandes, insbesondere für den ländlichen Besitzstand zur Geschäftsbehandlung einen Antrag zu stellen und demselben einige kleine Bemerkungen voranzuschicken.

Es unterliegt wohl keinem Zweifel und wird auch vielfach anerkannt, daß dieser Ausschuss eine für den bäuerlichen Besitzstand hochwichtige Angelegenheit zu behandeln hat. Wir hätten erwartet, daß in diesen Ausschuss eine größere Anzahl wirklicher Agrarier gewählt werden würde oder, wenn dies nicht der Fall ist, so hätten wir bestimmt erwartet, daß man wenigstens doch den Herrn Antragsteller Hagenhofer, welcher sich um diese Sache so viele Verdienste erworben, der dieselbe studirt und die Behelfe aus schon bestehenden derartigen Institutionen anderer Länder sich verschafft hat, in diesen Ausschuss gewählt hätte.

Ich glaube ganz gewiß annehmen zu können, daß der Ausschuss jedenfalls leichter gearbeitet hätte, wenn auch der Antragsteller in denselben gewählt worden wäre.

Die Majorität achtet aber leider diesen Schlüssel, welcher seinerzeit bestanden hat und mit welchem gewisse Vorschläge für die Wahlen gemacht wurden, nicht mehr und wir werden mit demselben einfach ignoriert und nicht mehr beachtet. Wir verlieren — und ich muß offen aussprechen, ich bedauere es — aber wir verlieren dadurch unseren gebührenden Einfluß; denn es ist uns nicht gleichgiltig, ob man im hohen Hause einen Gegenstand vertritt, oder wenn man einen Gegenstand in einem Ausschusse vertreten und mitarbeiten kann.

In einem Ausschusse sind 12 oder 9 Mitglieder, je nachdem derselbe zusammengesetzt ist, und es können schon 1 oder 2 Mitglieder in demselben etwas erreichen. (Abg. v. Feyer: „Es sind ohnehin 2 gewählt worden!“)

Ja sie haben aber immer eine Ausnahme gemacht und haben den Schlüssel nicht eingehalten, wir haben ihn aber doch eingehalten.

Wir sind in dieser Richtung um unser Recht verkürzt und müssen unsere Consequenzen daraus ziehen; wenn aber die Herren immerwährend mit dieser Behandlung so fortfahren werden, so werden wir einmal darangehen und eine ernsthafte Stellung dagegen einnehmen müssen. Die Herren dürfen nicht glauben, daß wir bloß dazu da sind, die Beschlussfähigkeit des hohen Hauses (Rufe: „Die Beschlussfähigkeit!“), wie es seinerzeit nothwendig gewesen ist, herzustellen (Rufe: „Bei der Wahlreform!“); ich habe nicht das Wort ergriffen, um zu constatiren, daß das Haus oft nicht beschlussfähig war, aber einmal war es doch so und sind Beschlüsse gefaßt worden.

Ich war immer ruhig, aber einmal müssen wir darüber empört werden, und wenn das in Zukunft nicht

anders wird, werden wir auch anders vorgehen (Abg. Sutter: „Fürchterlich!“ — Abg. Staller: „Wir haben schon eine große Angst!“ — Abg. Herk: „Die Verantwortung wird auch auf Sie fallen!“) Wie es den Herren beliebt. Die Herren übernehmen die Verantwortung und die ganze Arbeit auf sich, aber ob wir davon nicht einen Nachtheil haben, ist eine andere Frage, die wir doch in Berücksichtigung ziehen müssen. Wenn Sie aber die Verantwortung auf sich nehmen, so ist es auch die Pflicht der Majorität des Hauses und der Ausschüsse, daß sie beschlußfähig sind und es würde den Herren nicht geschadet haben, wenn wir mitgearbeitet hätten, (Abg. Sutter: „Nur mit dem Hagenhofer nicht!“) und es wäre Ihnen nicht schlechter ergangen. Wenn aber die Herren, wenn Sie schon uns nicht wählen, den Antragsteller, der einen so wichtigen Antrag in das hohe Haus bringt (Abg. Sutter: „Der ist schon oft dagewesen!“), in diesen volkshaflichen Ausschuß nicht wählen, so ist das eine Igonie, die auf unsere Partei ausgeübt wird, und wir werden das nicht leicht vergessen und dagegen Stellung nehmen.

Nachdem die Angelegenheit von weittragender Bedeutung ist, so stelle ich den Antrag, daß die Verhandlungen dieses volkswirtschaftlichen Ausschusses wenigstens für öffentlich erklärt werden, damit wir doch zuhören können, wenn wir die große Gnade haben dürfen, und damit wir wissen, was im Ausschusse verhandelt wird.

Ich stelle daher den Antrag (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

In Anbetracht der Wichtigkeit und der großen Bedeutung, welche der ehesten Gründung der Landes-Hypothekenbank insbesondere den häuerlichen Besitzern gegenüber beigemessen werden kann, werden die Sitzungen des volkswirtschaftlichen Ausschusses als öffentlich erklärt.“

(Der Antrag wird angenommen.)

Landeshauptmann: Wir gehen zur Tagesordnung über.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist die

Begründung des Antrages der Abgeordneten Josef Drnig, Mosdorfer und Genossen, betreffend Behebung der seit 1. Jänner 1899 eingetretenen, durch den ungarischen Gesetzartikel XVII ex 1898, betreffend die Zucker- und Bierconsumsteuer, veranlaßten Behinderungen im Grenzverkehre mit Ungarn.

(Beilage Nr. 80.)

Ich ersuche den Herrn Antragsteller das Wort zu ergreifen.

Abg. **Drnig** (H.=K. Graz): Hohes Haus! Der Antrag, den ich zu begründen die Ehre habe, betreffend die Behinderung des Grenzverkehres mit Ungarn, ist von so einschneidender Bedeutung für den österreichischen Handel und das österreichische Gewerbe, insbesondere für die österreichische Industrie, daß ich mich ein wenig mehr, als ich sonst gewohnt bin, zu verbreiten erlauben werde.

Nach dem unglücklichen Jahre 1866, wo bekanntlich unser Ministerium sehr an Mattigkeit litt, hatten es die Ungarn wunderbar zu Stande gebracht, daß sich die österreichische Monarchie in zwei Theile trennte. Die natürliche Folge davon war, daß in der Monarchie ein österreichisches und ein ungarisches Ministerium, also jedes der beiden Ministerien nach zwei Richtungen für sein Volk, jedoch für eine Krone, arbeiteten.

Ich will mich vor Allem ein wenig mit dem jüngeren, dem ungarischen Ministerium befassen. Was das ungarische Ministerium seit seiner Thätigkeit seit dem Jahre 1867 für Handel, Gewerbe und Industrie und Eisenbahnpolitik im eigenen Lande geschaffen hat, das wissen wir ja, das kann man geradezu erstaunlich, colossal nennen. Es hat Alles aufgeboten, um dieses unwirthsame Land, welches noch sehr zurück war, uns sozusagen gleichzustellen. Ja in vielen Fragen hat die ungarische Regierung es zu Stande gebracht, daß die Ungarn uns bereits voran sind. Das ist ein Beweis, daß die dortige Regierung stets zielbewußte Forderungen gegenüber Oesterreich aufstellt, und zielbewußt ihre eigenen Geschicke lenkte. Auch in der Ausgleichsfrage, die im vorigen Jahre wieder herangetreten ist, wußten die Ungarn genau, inwieweit und in welcher Weise sie sich verhalten müssen, um ihre Interessen nicht aufs Spiel zu setzen, und sie haben dies mit einem solchen Ausdruck und solcher Bestimmtheit zu Stande gebracht, daß die bekannten Consequenzen in Oesterreich entstanden sind, auf die ich theilweise später noch zurückkommen werde. Die Ungarn haben es auch neben diesen Ausgleichsverhandlungen und Wirren ganz gut, ich möchte sagen, mit einer gewissen Schlaueit verstanden, sich abermals ein Gesetz zu verschaffen, welches einen furchtbaren Schlag für die österreichische Zucker- und Bier-Industrie bedeutet, indem sie bereits im vorigen Jahre mitten in der Thätigkeit der Ausgleichsverhandlungen mit 9. Juni 1898 den Gesetzartikel XVII zur Sanctionirung brachten und mit 15. Juli bereits kundgemacht haben.

Dieses Gesetz trifft vor Allem insbesondere hart Zucker und Bier durch die damit eingeführte Consumsteuer. Der Zucker wird außer den übrigen Canditen nach verschiedenen Tarifen behandelt. Für Zucker wird im Allgemeinen pro Kilo 6 Kreuzer und für Bier 5 Kreuzer pro Liter aufgeschlagen. Wenn auch die Summe dieses

Ausschlages als Consumsteuer im Lande für uns ganz gleichgiltig wäre, indem doch die dortigen Zucker- und Bierfabriken gerade so betroffen erscheinen, wie wir, so ist die Härte und der furchtbare Schlag, womit unsere Zucker- und Bierfabriken getroffen werden, darin zu suchen, daß die erlassenen Instructionen zur Durchführung dieses Gesetzes derartige sind, daß die Einfuhr dieser Artikel geradezu vollkommen ausgeschlossen ist. Zur Durchführung dieser Instruction hatte vor Allem schon bereits vor Neu-jahr die ungarische Regierung an ihren Grenzen Mann an Mann Finanzwächter aufgestellt, sogar bis in die entlegenste Berglehne in Zagorjen, so daß nicht ein Fußsteig freigeblichen ist, die Grenze wird also bewacht, und ist daher gegen Oesterreich vollkommen abgeschlossen. Diese Grenzwächter haben die Aufgabe, Jeden, der überhaupt Waaren über die Grenze bringt oder überhaupt mit irgend etwas über die Grenze geht oder fährt, ohne Rücksicht auf den Eisenbahn-, Wagen- oder Fußverkehr, abzufassen, denselben zu controliren und ihn, wenn er Zucker oder Bier mitbringt und nicht eine Bollete besitzt, welche er sich im Vorhinein schon bei einem im Innern des Landes oft stundenweit entfernten Steueramte gelöst hat, einfach zurückzuweisen oder der gefällsämlichen Strafe zu unterziehen.

Darin liegt der Hauptschwerpunkt des furchtbaren Druckes und der directen Unterbindung des österreichischen Handels mit Ungarn. Außerdem pflegen die Finanzorgane jede Zuckerschachtel, jeden Zuckerhut, jedes Bierfaß und jeden wie immer der Besteuerung unterliegenden Artikel zu markiren, und wehe dem, der seine Marke früher, als im Innern des Landes vor dem Consum verlegt. Außerdem und von besonderer Bedeutung und Wichtigkeit für uns, und von colossalem Nachtheile ist der Umstand, daß die ungarischen Zollbeamten von jedweder Einfuhr nach Ungarn und dem damit verbundenen Lande Croatien eine Statistik aufnehmen, so daß die ungarische Regierung eine vollkommene Kenntnis aller nach Ungarn eingeführten Waaren bekommt. Außerdem ist es auch nicht uninteressant, daß die in Ungarn den Handel beherrschenden Juden sich dieser Maßnahme der ungarischen Regierung sofort bemächtigt haben, indem sie das Gerücht austreuten und dem indolenten ungarischen und croatischen Landmann mit seiner Harmlosigkeit klar zu machen suchten, daß er überhaupt keine Waare von Oesterreich einführen darf. Die Folgen dieser Gerüchte einerseits, und die Folgen der harten Durchführungsbestimmungen und Sektaturen der Grenzbeamten andererseits, sind in erster Linie daran schuld, daß alle ungarischen Landmänner und Bauern, welche nach Steiermark, überhaupt nach Oesterreich, Vieh, Getreide, Bodenproducte und andere

Waaren herüberbringen, um sie auf den hiesigen Märkten zu verkaufen, und mit deren Erlöse österreichische Waaren einzukaufen, diese deshalb nicht einkaufen können, weil sie, bevor sie auf den Markt gehen, nicht in der Lage sind, die entsprechende Bollete bei irgend welchem Steueramte zu lösen, und weil weiters die Finanzorgane, wie man mich informirt hat, in ihrer Willkür sogar so weit gehen, daß sie weibliche Personen in einer Art und Weise behandeln, wie ich sie aus Anstandsgründen hier nicht erörtern kann.

Ich muß auch erwähnen, daß die ungarische Regierung durch diese eigenartigen, für sie außerordentlich Nutzen bringenden Durchführungsbestimmungen folgende Hauptmomente erreicht hat:

1. Sie schafft für ihren unersättlichen Säckel viele Millionen Einnahmen;
2. ruinirt sie direct die österreichische Industrie, den Handel und das Gewerbe, und schließlich
3. erreicht sie ein statistisches Material, welches wir leider nicht besitzen.

Mit diesem statistischen Materiale werden wir wahrscheinlich nächster Zeit traurige Erfahrungen machen, indem wir nicht in der Lage sind, gleiche Daten und Zahlen gegenüberzustellen. Ich möchte mich kurz fassen und sagen: Mit keiner fremden Macht, ob befreundet oder nicht befreundet, bestehen so unglaublich harte Zollschranken, wie wir sie heute unserm Nachbarlande Ungarn gegenüber besitzen.

Dies war aber noch nicht genug; in letzter Stunde hat man mir von Seite der Handelskammer wieder neues Materiale, wieder einen neuen Schlag mitgetheilt, indem die ungarische Regierung bereits mit 1. Juli l. J. einen neuen Schlag gegen die Glas-Industrie durchzuführen wird, u. zw. in der Weise, daß jede Flasche, jedes Glas, welches in Ungarn in öffentlichen Localen benützt wird, mit dem ungarischen „Kronen-Stempel“ eingeklebt werden muß, welches letzterer nur in Ungarn eingeklebt werden kann. Die Cimentirungsgebühr beträgt per Flasche 4 kr. und für jedes Trinkglas 2 kr. Dies bedeutet wieder einen neuen Schlag, welcher für die österreichische Glas-Industrie von ganz enormen Nachtheilen sein wird, und die Ungarn werden es abermals sicherlich mit jenem Geschick durchführen, wie ich dies bezüglich des Zuckers und des Bieres erwähnt habe, so daß eben der einheimischen gegenüber nur die ungarische Glas-Industrie dabei zum Vortheile kommt und unsere Industrie nur den Kürzeren ziehen muß.

Ich will zurückkommen auf unser österreichisches Ministerium. Man würde glauben, daß mit der Trennung des Reiches in zwei Ministerien, beide in den Bestrebungen, für das Volk nützlich zu wirken, rivali-

siren werden. Es ist allerdings eine Rivalisirung eingetreten; jedoch haben an dieser Rivalisirung nur die Ungarn den Löwenantheil davongetragen, indem sie unser österreichisches Ministerium weit überflügelt haben; dieses hat für unsere Industrie, Handel und Gewerbe nichts gethan und hat stetig nur immer eine Schwäche gegen Ungarn gezeigt und wir haben nur (Abg. Reitter: „die Steuerreform“) ja, wie man hier ganz richtig bemerkt, nur die Steuerreform erlebt, aber nicht einmal die Kleinigkeit haben wir durchgesetzt, die Einschränkung des Hausirhandels durch die ungarischen Juden. Es gelang uns nicht, dieselben zurückzudrängen, oder uns dagegen energisch zu verwahren, oder etwas zu veranlassen, geschweige alle anderen großen Fragen, welche sich stetig und immer an uns herandrängen. Immer und immer wird nur das Fortwursteln gehandhabt. Mit diesem Fortwursteln sind wir glücklich bis zum letzten vor uns stehenden Ausgleich gelangt. Bei diesem Ausgleich standen uns die Ungarn mit ganz bestimmten Forderungen gegenüber und unsere Regierung hatte nichts Eiligeres zu thun, als ruhig entgegenzukommen; und würde sich die deutsche Majorität nicht gewehrt haben, so wäre der definitive Ausgleich zu unseren Ungunsten und zu Gunsten und zur großen Freude der Ungarn geschaffen worden. Die Regierung, welcher die deutsche Mehrheit immer nur unbequem wurde in Betreff des Ausgleiches mit Ungarn, versuchte mit anderen Nationen und Nationchen eine neue Majorität zu schaffen und hat auch als Concession die sogenannten Sprachenverordnungen erlassen. Das sind die Hauptleistungen unserer Regierung. Welche Stürme im Parlamente entstanden sind, wissen wir Alle, und ich glaube auf dieselben nicht weiter eingehen zu sollen.

Ich möchte nur fragen, was hat unsere Regierung gegen letztere Maßnahmen gethan? Bereits im Jänner, in welchem Monate unser Parlament tagte, haben die Abg. Girßmayer, Mosdorfer und Kienmann wiederholt im Parlamente Interpellationen sowie Beschwerden eingebracht, sie sind mit Deputationen an das Ministerium herangekommen, es ist mir mitgetheilt worden, daß die Unterfinanzbehörden bezüglich der Vorgänge an der ungarischen Grenze und des Baues der Wachhäuser sofort an das Ministerium die entsprechende Mittheilung gemacht haben — aber unsere Regierung hat gar nichts gethan. Bereits im vierten Monate sind Handel, Gewerbe und Industrie wegen dieser bestimmten Artikel bedroht und lahm gelegt und die Regierung hat bis heute noch nichts gethan. Man sollte meinen, daß die Regierung heute, wo sie mit dem § 14 absolutistisch regiert, auch die Mittel dazu hat — nachdem sie früher oft sich auf das schwer arbeitende, hemmende Parlament

sich ausgerechnet hat, heute kann sie es aber nicht — da sollte man glauben, daß diese Schwäche und das Zurückbleiben nicht mehr der Fall sein wird; im Gegentheil, man würde glauben, daß es der jetzigen absolutistischen Regierung vielleicht doch möglich gewesen wäre, Gegenmaßregeln zu treffen. Aber dies ist nicht geschehen. Hoffen wir, daß die neueren Schritte, welche das hohe Haus beschließen soll, irgend welchen Erfolg haben werden; ich zweifle aber daran. (Rufe: „Sehr richtig!“) Dessen ungeachtet möchte ich erwähnen, daß es unbedingt notwendig ist, nachdem mit irgend welchen Vorstellungen gegen Ungarn gar nichts zu richten ist und die Ungarn nur mit Gegenmaßregeln zur Nachgiebigkeit veranlaßt werden könnten, daß die österreichische Regierung sich entschließt, sämtliche Mehl-, Getreide-, Vieh- und Bodenproducte mit entsprechenden Einfuhrzöllen zu belegen und andererseits genaue statistische Daten zu sammeln. Nur durch solche energische und sofort durchzuführende Maßnahmen wäre noch Manches zu retten, was heute bei uns verloren ist. Wenn aber bei der Mattherzigkeit, der Schwäche und Energielosigkeit unserer Regierung dessen ungeachtet nichts veranlaßt und durchgeführt wird, und wenn dann Ungarn fortfahren wird, mit jedem neuen halben Jahre zu einem neuen Schlag gegen uns auszuholen, dann bin ich überzeugt, daß wir, um mich eines kaufmännischen Ausdruckes zu bedienen — nachdem ich der Vertreter der Handels- und Gewerbekammer bin — bald in Concurß gerathen werden. Ich bin überzeugt, daß wir uns nach einer Zeit, wenn wir nicht von Außen, ob zu Gunsten oder nicht, von fremden Mächten beeinflusst werden, dann nicht mehr Oesterreich-Ungarn nennen werden, sondern aus diesem Concurse mit einer neuen Firma hervortreten werden, die heißen wird: „Königreich Ungarn mit den österreichischen Nebenländern.“ (Abg. v. Forcher: „Ist schon jetzt so.“)

Ich glaube meinen Antrag genügend begründet zu haben und beantrage in formeller Beziehung diesen Antrag dem volkswirtschaftlichen Ausschusse zur Vorberathung zuzuweisen.

(Die Zuweisung an den volkswirtschaftlichen Ausschuss wird beschlossen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des steierm. Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Bierstein im Gerichtsbezirke Drachenburg, um Ertheilung der Bewilligung zur Erhebung einer Gemeinde-Umlage von 121 Percent im Jahre 1899.

(Beilage Nr. 88.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **Dr. Reicher**: Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Ausschuß für Gemeinde-Angelegenheiten. (Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steierm. Landes-Ausschusses, betreffend Stellungnahme des steierm. Landtages zur Frage der Verwendung der Gebahrungs-Ueberschüsse der cumulativen Waisencassen.

(Beilage Nr. 89.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **Dr. Reicher**: Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den combinirten Finanz- und Sonder-Ausschuß für Gemeinde-Angelegenheiten.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steierm. Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Stadtgemeinde Knittelfeld im gleichnamigen Gerichtsbezirke, um Erlassung grundsätzlicher Bestimmungen, betreffend die öffentliche Wasserleitung in der Stadt Knittelfeld.

(Beilage Nr. 90.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **Dr. Reicher**: Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Ausschuß für Gemeinde-Angelegenheiten. (Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung sind die

Berichte des Petitions-Ausschusses über Petitionen und zwar:

Wir kommen zuerst zum Verzeichniß Nr. 4. Ueber die Petitionen Nr. 5, 9, 50, 56 und 62, betreffend Gnadengaben und Unterstützungen, ist Herr Abgeordneter **Dehne** Berichterstatter und ersuche ich denselben, zu referiren.

Berichterstatter des Petitions-Ausschusses Abgeordneter **Dehne** (von der Tribüne): Ich habe die Ehre, im Namen des Petitions-Ausschusses Bericht zu erstatten über die Petition Nr. 5, der Johanna Lichem, Edlen v. Löwenburg, k. u. k. Lieutenants- und Landstandswitwe in Wien, um eine Gnadengabe.

Der Petitions-Ausschuß beantragt (liest):

„Wird eine jährliche Gnadengabe von 70 fl. für die Jahre 1899, 1900 und 1901 gewährt.“

Landeshauptmann: Da sich Niemand zum Worte meldet, bitte ich fortzufahren.

Berichterstatter Abg. **Dehne**: Petition Nr. 9, der Clara Edlen v. Brandenau, steierm. Landstandswitwe in Graz, um Zuweisung einer Gnadengabe.

Der Petitions-Ausschuß beantragt (liest):

„Wird eine Gnadengabe von 50 fl. pro 1899 bewilligt.“

Landeshauptmann: Da sich Niemand zum Worte meldet, bitte ich fortzufahren.

Berichterstatter Abg. **Dehne**: Petition Nr. 50, der Rosalia Holzinger, landsch. Feuerwächterswaise in Graz, um Zuwendung einer jährlichen Gnadengabe.

Der Petitions-Ausschuß beantragt (liest):

„Wird eine Gnadengabe von 40 fl. pro 1899 bewilligt.“

Landeshauptmann: Da sich Niemand zum Worte meldet, bitte ich fortzufahren.

Berichterstatter Abg. **Dehne**: Petition Nr. 56, der Theresia Forstner, Volksschul-Oberlehrerswaise in Graz, um eine Unterstützung.

Der Petitions-Ausschuß beantragt (liest):

„Wird eine Gnadengabe von 60 fl. pro 1899 gewährt.“

Landeshauptmann: Da sich Niemand zum Worte meldet, bitte ich fortzufahren.

Berichterstatter Abg. **Dehne**: Petition Nr. 62, der Maria Schröckinger, landsch. Creditorswitwe in Gleisdorf, um Verleihung einer Unterstützung.

Der Petitions-Ausschuß beantragt (liest):

„Wird eine Unterstützung von 50 fl. pro 1899 gewährt.“

Landeshauptmann: Ich werde nun über sämtliche vorgetragenen Petitionen die Abstimmung auf einmal vornehmen lassen.

(Die Anträge des Petitions-Ausschusses werden angenommen.)

Ueber die Petitionen Nr. 12, 46, 58 und 66 wird Herr Abg. Kurz Bericht erstatten.

Berichterstatter des Petitions-Ausschusses Abg. Kurz (von der Tribüne): Ich habe die Ehre, Namens des Petitions-Ausschusses zu referiren über die Petitionen Nr. 12, der Louise Mastén, Beamtenswaise in Graz, um eine Unterstützung.

Der Petitions-Ausschuß beantragt (liest):

„Wird eine Gnadengabe von 50 fl. pro 1899 bewilligt.“

Landeshauptmann: Da sich Niemand zum Worte meldet, bitte ich fortzufahren.

Berichterstatter Abg. Kurz: Petition Nr. 46, der Anna Kately, landschaftl. Oberrealschuldienerswitwe in Graz, um Bewilligung einer außerordentlichen Gnadengabe.

Der Petitions-Ausschuß beantragt (liest):

„Wird eine Gnadengabe von 48 fl. pro 1899 bewilligt.“

Landeshauptmann: Da sich Niemand zum Worte meldet, bitte ich fortzufahren.

Berichterstatter Abg. Kurz: Petition Nr. 58, der Marie Molini, landschaftl. Hufbeschlagschmiedswitwe in Graz, um eine Gnadengabe.

Der Petitions-Ausschuß beantragt (liest):

„Wird eine Gnadengabe von 48 fl. pro 1899 bewilligt.“

Landeshauptmann: Da sich Niemand zum Worte meldet, bitte ich fortzufahren.

Berichterstatter Abg. Kurz: Petition Nr. 66, der Marie Möstl, landschaftl. Kanonierswitwe in Graz, um Fortbezug der Gnadengabe.

Der Petitions-Ausschuß beantragt (liest):

„Wird eine jährliche Gnadengabe von 40 fl. für die Jahre 1899, 1900, 1901, 1902 und 1903 gewährt.“

Landeshauptmann: Ich werde nun über sämtliche vorgetragene Petitionen die Abstimmung auf einmal vornehmen lassen.

(Die Anträge des Petitions-Ausschusses werden angenommen.)

Wir kommen zum Verzeichnisse Nr. 5 und wird über die Petitionen Nr. 40 und 61 in Verhinderung des Herrn Abg. Murer der Herr Abg. Kurz Bericht erstatten.

Berichterstatter des Petitions-Ausschusses Kurz (von der Tribüne):

Zur Petition Nr. 40, der Maria Mader und Theresie Gisl, Lehrerinnen für weibliche Handarbeiten in Admont, um eine Gnadengabe beantragt der Ausschuß (liest):

„Wird eine jährliche Gnadengabe von zusammen 100 fl. für die Jahre 1899, 1900 und 1901 gewährt.“

Hinsichtlich der Petition Nr. 61 der Franziska Hörz, Bürgerschuldieners-Witwe in Graz, um eine Unterstützung beantragt der Ausschuß (liest):

„Wird eine Unterstützung von 60 fl. pro 1899 bewilligt.“

(Die Anträge des Petitions-Ausschusses werden en bloc angenommen.)

Landeshauptmann: Die Tagesordnung ist erschöpft.

Es liegt ein Antrag vor, welcher lautet (liest):

„Antrag

des Abg. Dr. Ivan Dečko und Genossen, betreffend die Errichtung einer Landesbürgerschule in St. Georgen a. d. Südbahn:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Landes-Ausschuß wird beauftragt, die nöthigen Vorarbeiten zur Errichtung einer Landesbürgerschule mit slovenischer Unterrichtssprache in St.-Georgen a. d. Südbahn vorzunehmen und dem nächsten Landtage den Gesetzentwurf zur Errichtung derselben vorzulegen.

Graz, am 15. April 1899.

Dr. Ivan Dečko.

Dr. Franjo Kosina. Dr. Fr. Jurkela.

Žičkar. Vošnjak.

Kobič. Dr. Jos. Serbec.“

Der Antrag wird in Druck gelegt und der geschäftsmäßigen Behandlung zugeführt werden.

Es ist mir eine Interpellation, gerichtet an Seine Excellenz den Herrn Statthalter, überreicht worden, welche ich den Herrn Schriftführer Dehne ersuche zu verlesen.

Schriftführer Dehne (liest):

„Interpellation

des Abg. Dr. Ivan Dečko und Genossen an Seine Excellenz den k. k. Statthalter Herrn Manfred Grafen Clary-Aldringen:

Die Triester Reichstraße von der Koprivnica-Brücke an der Stadtgrenze von Gills bis zur Einmündung der Bezirksstraße Unterfötting—Lubečno befindet sich stets in einem trostlosen Zustande.

Geradezu beispiellos ist aber der Theil derselben von der Koprivnica-Brücke bis zur Ueberführung der Bahn Gills-Böllan. Die Straße steigt hier an der Koprivnica-Brücke einerseits und bei der Bahnüberführung andererseits etwas auf; in Folge Abziehens des Koths von der Fahrbahn ist letztere schon lange nicht mehr convex, sondern ganz gehörig concav, so daß die Fahrbahn hier in der Länge von 3—400 Metern eine Mulde darstellt. In Folge des colossalen Verkehrs hauptsächlich mit sehr schweren Fuhrwerken wird das Schottermaterial zer-malmt zu Staub, welcher bei trockener Witterung spammhoch auf der Fahrbahn liegt, bei nassem Wetter sich aber in ein Kothmeer verwandelt, welches fast schuftief von einem Straßenrande zum anderen hin und her wogt. In ganz Steiermark wird es keine Bezirksstraße, geschweige denn irgend einen Theil der Reichsstraße geben, der einen so desolaten Anblick gewähren würde. Für die Erhaltung dieser Straßenstrecke geschieht auch viel zu wenig. Auf die ganze in Rede stehende Strecke kommen jährlich zur Einbettung circa 500 Kubikmeter Schlägelschotter, wo das doppelte Quantum kaum genügen würde. Käme aber auch ein größeres Quantum Schotter darauf, so würde der Uebelstand doch nicht definitiv behoben, weil das zur Verfügung stehende Beschotterungsmaterial zu wenig widerstandsfähig ist und weil ohne Ausfüllung und Hebung der Mulde von der Koprivnica-Brücke bis zur Bahnüberführung eine dauernde Besserung überhaupt nicht zu gewärtigen ist.

Der Uebelstand ließe sich unseres Erachtens gründlich und bleibend nur durch eine Pflasterung des Theiles Koprivnica-Brücke — Eisenbahn-Ueberführung mit Würfelsteinen beheben. Die Kosten einer solchen Pflasterung sind allerdings nicht unbeträchtlich; allein eine solche Pflasterung ist für Jahrzehnte, und die jährlichen Erhaltungskosten dieser Jahrzehnte zusammengerchnet würden eine viel höhere Summe ergeben, so daß die theure Pflasterung sich schließlich doch als das Billigere herausstellt.

Die Gefertigten erlauben sich daher, an Seine Excellenz den k. k. Statthalter die Anfrage zu stellen:

Ist die hohe k. k. Regierung geneigt, den Zustand der Triester Reichsstraße von der Koprivnica-Brücke an der Stadtgrenze von Gills bis zur Einmündung der Bezirksstraße Unterkötting—Lubečno erheben zu lassen, wegen gründlicher Behebung des desolaten Zustandes das Nöthige vorzunehmen und insbesondere

die Pflasterung des Theiles von der Koprivnica-Brücke bis zur Eisenbahn-Ueberführung Gills-Böllan mit Würfelsteinen in ernstliche Erwägung zu ziehen.

Graz, am 15. April 1899.

Dr. Ivan Dečko.

Bošnjak. Dr. Jos. Sernek.

Dr. Jurtéla. Dr. Franjo Rojina.

Kobič.

Landeshauptmann: Ich werde die Ehre haben, diese Interpellation an Seine Excellenz den Herrn Statthalter zu leiten.

Die nächste Sitzung bestimme ich für Dienstag den 18. April 1899 um 11 Uhr Vormittag und als

Tagesordnung:

1. Begründung des Antrages des Abg. Hagenhofer und Genossen, betreffend die Errichtung landwirthschaftlicher Genossenschaften und Vereine. (Beilage Nr. 85.)

2. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Feststellung einer Jahres-Remuneration für den Vorstand der otiatrischen Klinik im allgemeinen Krankenhause in Graz. (Beilage Nr. 97.)

3. Bericht des Finanz-Ausschusses über den Bericht des Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 1, betreffend den Rechnungsabschluß des steiermärkischen Schullehrer-Pensions-Fondes für das Jahr 1897 und den Voranschlag desselben Fonds für das Jahr 1899. (Beilage Nr. 95.)

4. Bericht des Finanz-Ausschusses über die demselben zugewiesenen Theile des Thätigkeitsberichtes des Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 9, betreffend Schullehrer-Pensionsfond, Seite 168 bis 169, und Aufwand für das Volksschulwesen, Katecheten-Remunerationen, Seite 165 bis 168. (Beilage Nr. 105.)

5. Bericht des combinirten Finanz- und Unterrichts-Ausschusses über den Bericht des Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 10, betreffend die Regelung der Bezüge der Lehrpersonen an den landschaftlichen Mittelschulen. (Beilage Nr. 96.)

6. Bericht des combinirten Finanz- und Unterrichts-Ausschusses über den Bericht des steierm. Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 45, betreffend die Regelung der Bezüge der Landes-Bürgereschullehrer. (Beilage Nr. 103.)

7. Mündlicher Bericht des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 33, betreffend das Ansuchen der Ortsgemeinde Jrdning im gleichnamigen Gerichtsbezirke, um Ertheilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 100 Percent im Jahre 1899.

Berichterstatter Abg. F h u n h a r t.

8. Mündlicher Bericht des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 35, betreffend das Ansuchen der Ortsgemeinde Gaal im Gerichtsbezirke Knittelfeld um Ertheilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeinde-Umlage von 117 Percent im Jahre 1899.

Berichterstatter Abg. Thunhart.

9. Mündlicher Bericht des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 37, betreffend das Ansuchen der Ortsgemeinde Stadl im Gerichtsbezirke Murau, um Ertheilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeinde-Umlage von 150 Percent im Jahre 1899.

Berichterstatter Abg. Thunhart.

10. Mündlicher Bericht des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten über den Antrag des Abg.

Grafen Lamberg und Genossen, Beilage Nr. 21, betreffend die Versicherung von Hab und Gut landwirthschaftlicher Dienstboten gegen Brandschaden.

Berichterstatter Abg. Dr. Freiherr v. Störck.

Ich habe bekannt zu geben, daß heute nach der Hausführung der Finanz-Ausschuß eine Sitzung abhält; weiters daß eine Sitzung des Landes-Cultur-Ausschusses Dienstag den 18. d. M. um 4 Uhr Nachmittag stattfindet und daß der Weincultur-Ausschuß Dienstag den 18. d. M. um 5 Uhr Nachmittag eine Sitzung abhalten wird im Bureau des Herrn Landes-Ausschuß-Beisitzers Dr. Kokoschinegg.

Ich möchte mir nur erlauben, zu bemerken, daß meinerseits kein Hindernis vorliegt, daß auch Montag Ausschuß-Sitzungen stattfinden.

Ich erkläre nunmehr die Sitzung für geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 11 Uhr 15 Minuten Vormittag.)

